

## Entwicklungspolitik

OTTO SCHMUCK

Das Jahr 1986 brachte für die europäische Entwicklungspolitik keine wesentlichen Veränderungen. 18 Monate nach der Unterzeichnung trat am 1. Mai endlich das dritte Lomé-Abkommen in Kraft<sup>1</sup>. Die Kommission setzte planmäßig die Programmierung der in diesem Abkommen vereinbarten Mittel für die technische und finanzielle Hilfe fort. Wie in den Vorjahren standen bei den mit Entwicklungsfragen befaßten Organen und Gremien die Abwicklung der Gemeinschaftshilfe, die Bekämpfung des Hungers in der Welt sowie die Lage im südlichen Afrika im Vordergrund. Erneut führte die chronische Finanzknappheit der Gemeinschaft dazu, daß der Rat in den Haushaltsberatungen den Rotstift vor allem bei den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit ansetzte.

Doch wurden 1986 auch einige Verschiebungen und Neuansätze erkennbar. Aufgrund des Drängens der neuen EG-Mitglieder Spanien und Portugal erhält Lateinamerika in der EG-Entwicklungspolitik allmählich einen höheren Stellenwert. In Zukunft wird es für die am wenigsten entwickelten Länder in Asien und Lateinamerika – wie für die Lomé-Staaten – ein in seiner Reichweite begrenztes System zur Stabilisierung der Exporterlöse geben. In den EG-Gremien wird die Frage der Verschuldung der Entwicklungsländer zunehmend stärker thematisiert, spezifische Lösungsansätze auf Gemeinschaftsebene wurden jedoch in dieser Frage bisher nicht deutlich.

### *Herausragende Ereignisse 1986*

- Vom 27.-31. Januar fand in Mbabane/Swaziland die erste der beiden jährlichen Tagungen der Paritätischen Versammlung AKP-EWG statt. Zentraler Diskussionspunkt war die Lage im südlichen Afrika, wobei die Frage, ob die Republik Südafrika in den Beratungen zu Wort kommen sollte, für erheblichen Wirbel sorgte<sup>2</sup>.
- Bei einer gemeinsamen Tagung nahmen die Außenminister der SADCC (Southern African Development and Coordination Conference)-Staaten und der EG am 3./4. Februar ein Kommuniqué zur politischen Lage im südlichen Afrika an<sup>3</sup>. Bereits im Vorfeld dieser Konferenz war eine regionale Übereinkunft unterzeichnet worden, in der die Gemeinschaft aus den Mitteln von Lomé III die Gewährung von 110 Mio. ECU für die regionale Kooperation der SADCC-Staaten zusagte<sup>4</sup>.
- Die Jahrestagung des AKP-EWG-Ministerrats fand am 24./25. April in Barbados statt. Gesprächsthemen waren die Zuckerpreise 1985/86, Übergangsmaß-

- nahmen zu Lomé III, STABEX, technische und finanzielle Kooperation sowie die Lage im südlichen Afrika<sup>5</sup>.
- Am 1. Mai trat das dritte Lomé-Abkommen nach der erfolgten Ratifizierung durch die zehn europäischen Staaten, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung EG-Mitglied waren, und zwei Dritteln der AKP-Staaten in Kraft<sup>6</sup>.
  - Die Paritätische Versammlung AKP-EWG verabschiedete vom 22.-25. September bei ihrer zweiten jährlichen Tagung in Vougliagmeni/Griechenland ihren jährlichen Gesamtbericht und diskutierte erneut schwerpunktmäßig das Thema südliches Afrika<sup>7</sup>.
  - In Djakarta fand am 20./21. Oktober die sechste Tagung der EG-ASEAN-Außenminister statt. Dabei standen wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund<sup>8</sup>.
  - Am 16. Dezember nahm der EG-Ministerrat das Schema der allgemeinen Zollpräferenzen für 1987 an. Gegenüber den Vorjahren wurde der Zugang zum Gemeinschaftsmarkt für wettbewerbsfähige Länder verschärft, zugleich wurden einige Verbesserungen vorgenommen<sup>9</sup>.
  - Nach längeren Vorbereitungen erließ der Rat am 22. Dezember eine Verordnung zur Reform der EG-Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung<sup>10</sup>. Dabei wurden der Gemeinschaftscharakter und die entwicklungspolitische Ausrichtung der Hilfe gestärkt und die Verwaltungsbefugnisse der Kommission verbessert.

#### *Die Lomé-Zusammenarbeit*

Zehn Jahre nach Beginn der Kooperation EG-AKP ist die – sicherlich teilweise übertriebene – Euphorie der Anfangszeit einem Gefühl der Ernüchterung gewichen. Umfangreiche Studien zu den Ergebnissen der Zusammenarbeit haben neben durchaus vorhandenen positiven Resultaten auch deutliche Schwachstellen, vor allem im Handelsbereich, nachgewiesen<sup>11</sup>. So konnten diese Abkommen, trotz der eingeräumten weitreichenden Handelspräferenzen, Einbußen der AKP-Staaten bei den EG-Handelsanteilen nicht verhindern. Probleme gab es auch bei der Abwicklung der technischen und finanziellen Hilfe. Die jährlichen Berichte des Europäischen Rechnungshofes weisen regelmäßig auf Verzögerungen bei der Mittelvergabe, geringe Koordinierung von EG-Geldern und Mitteln der Mitgliedstaaten sowie auf das häufige Fehlen eindeutiger Zieldefinitionen und die ungenügende Berücksichtigung nationaler Schwierigkeiten in den begünstigten Staaten hin<sup>12</sup>.

Obwohl Lomé II bereits am 28. 2. 1985 auslief, lag die Quote der Mittelbindungen für den hierzu eingerichteten 5. Europäischen Entwicklungsfonds am 31. 12. 1986 erst bei 90 Prozent<sup>13</sup>. Wertmäßig stand der Bereich Industrialisierung mit 30,1 Prozent an erster Stelle, gefolgt von den Sektoren ländliche Entwicklung (21,8%) und Wirtschaftsinfrastruktur/Verkehr/Fernmeldewesen (14,6%)<sup>14</sup>. Damit konnte die für Lomé II angestrebte eindeutigere Prioritäten-

zung bei der ländlichen/landwirtschaftlichen Entwicklung nur zum Teil erreicht werden.

Einiges deutet darauf hin, daß derartige Verschiebungen bei Lomé III realisiert werden können. Die Programmierung der in diesem Abkommen vorgesehenen Mittel für die technische und finanzielle Zusammenarbeit war Ende 1986 praktisch abgeschlossen<sup>15</sup>. Entsprechend der in Artikel 215 des Abkommens vereinbarten Ziele und Grundsätze wurden nicht einzelne Projekte, sondern sektorale Politiken in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit gestellt. Die Gemeinschaft und das betroffene Entwicklungsland verpflichten sich dabei, gemeinsam die zur Erreichung der vereinbarten Ziele notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. In mehr als drei Viertel der bis Ende 1986 abgeschlossenen Vereinbarungen zur Mittelvergabe wurde die Priorität auf die ländliche Entwicklung mit den Zielsetzungen Nahrungsmittelautonomie und Ernährungssicherheit gelegt<sup>16</sup>. Dieses wurde häufig mit einer rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen und Umweltschutzbelangen verbunden. Weitere Schwerpunktbereiche waren der Ausbau der Wirtschaftsinfrastruktur, berufliche Bildung, Straßenbau und Gesundheitswesen, Handel, Energiegewinnung sowie Industrialisierung und Bergbau. Darüber hinaus wurde regionalen Vorhaben mehrerer Staaten eine große Bedeutung zugemessen.

### *Die Mittelmeerpolitik*

Auch 1986 stand die Zusammenarbeit der EG mit den südlichen Mittelmeerländern, entsprechend den offiziellen Verlautbarungen der zweite regionale Schwerpunkt der EG-Entwicklungspolitik, im Schatten der Lomé-Kooperation<sup>17</sup>. In verschiedenen Kontakten auf parlamentarischer und auf Regierungsebene wurden vorrangig die Auswirkungen der nunmehr abgeschlossenen EG-Süderweiterung und die Erneuerung der am 31. Oktober 1986 ausgelaufenen 2. Finanzprotokolle der Gemeinschaft mit den Maghreb- und Maschrikstaaten thematisiert. Die Kommission schlug am 3. Juni eine Konzentration der künftigen Finanzhilfe für diese Region auf drei vorrangige Ziele vor<sup>18</sup>:

- Verringerung der Abhängigkeit von Nahrungsmittelfuhren,
- Diversifizierung zur stärkeren Komplementarität zwischen nördlichen und südlichen Mittelmeerländern,
- Verstärkung der regionalen Kooperation.

Die Zusammenarbeit mit den südlichen Mittelmeerländern wurde im Berichtszeitraum von der angeblichen Beteiligung syrischer Regierungsstellen an terroristischen Anschlägen in mehreren Gemeinschaftsländern überschattet. Die britische Regierung drängte – wie auch das Europäische Parlament – auf eine Sperrung der Finanzhilfe für dieses Land, sollte dessen Beteiligung an den Attentaten nachgewiesen werden können<sup>19</sup>.

### *Die weltweite Entwicklungskooperation*

Die weltweite Dimension der EG-Entwicklungspolitik wurde auch 1986 weiter

ausgebaut. In den EG-Institutionen wurde verstärkt über das Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer diskutiert<sup>20</sup>, wobei es der Gemeinschaft jedoch in diesem Bereich an eigenständigen Handlungskompetenzen fehlt.

Auf Drängen der neuen Mitgliedstaaten Portugal und Spanien wurde die Beziehung der EG zu Lateinamerika verstärkt. Der Dialog zwischen beiden Regionen erfuhr durch ein Treffen am 25./26. März mit Vertretern der elf Cartagena-Staaten und der Kommission sowie durch zahlreiche bilaterale Kontakte eine Intensivierung<sup>21</sup>. Der Europäische Rat befaßte sich am 26./27. Juni in Den Haag mit den Beziehungen EG-Lateinamerika nach Abschluß der Süderweiterung<sup>22</sup>. Als Ergebnis wurde festgehalten, daß die Zusammenarbeit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht verstärkt und ausgebaut werden soll. Im Auftrag des Rats legte die Kommission am 2. Dezember 1986 eine ausführliche Mitteilung „Die Europäischen Gemeinschaften und Lateinamerika“ vor, in der eine Reihe konkreter Vorschläge unterbreitet wurden, u. a. zur weiteren Vertiefung des Dialogs EG-Lateinamerika, zur Steigerung der Finanzhilfe, vor allem für die vergleichsweise weniger entwickelten Länder der Region, und zur regionalen Kooperation<sup>23</sup>.

Die verstärkte Hinwendung der Gemeinschaft zu Lateinamerika spiegelte sich auch im Europäischen Parlament wider. Dort setzte sich im Haushaltsverfahren für 1987 eine deutliche Mehrheit dafür ein, daß die Mittel für die nichtassoziierten Entwicklungsländer gleichwertig auf Asien und Lateinamerika aufgeteilt werden sollen<sup>24</sup>. In dieser Frage droht jedoch ein institutioneller Konflikt, da der Rat – vor allem auf Drängen Großbritanniens – nicht bereit ist, den Vorstellungen des Parlaments zu folgen<sup>25</sup>. Der von der Kommission vorgeschlagene und vom Rat mehrheitlich unterstützte Verteilungsschlüssel von 75 Prozent der Mittel für Asien und 25 Prozent für Lateinamerika wird den vorhandenen Bedürfnissen sicherlich in höherem Maße gerecht als der vom Parlament geforderte Verteilungsschlüssel.

Die unter handelspolitischen Gesichtspunkten für die Gemeinschaft interessante Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten wurde auch 1986 auf mehreren Ebenen fortgesetzt<sup>26</sup>. Hingegen bleibt die Kooperation der Gemeinschaft mit den ärmeren asiatischen Ländern weiterhin ein defizitärer Bereich. Hieran kann auch die künftige Gewährung von EG-Mitteln zur Stabilisierung der Exporterlöse an die am wenigsten entwickelten Staaten in Asien und Lateinamerika kaum etwas ändern<sup>27</sup>.

#### *Der jährliche Streit um die entwicklungspolitischen Ausgaben*

Die Gemeinschaft leistet pro Jahr Entwicklungshilfe in einer Größenordnung von 2,9 Mrd. ECU, dies entspricht etwa 6,0 Mrd. DM. Hiervon werden knapp 60 Prozent für die Lomé-Kooperation über den national finanzierten Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) aufgebracht, während der andere Teil im Titel 9 des EG-Haushaltes budgetisiert ist und zur Finanzierung der EG-Nahrungsmittelhilfe, der finanziellen und technischen Kooperation mit den asiatischen und latein-

amerikanischen Staaten sowie spezifischen Aktionen (Soforthilfe, Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen usw.) dient. Die Höhe der jährlichen Zahlungen aus dem EEF liegt im Prinzip fest und ergibt sich aus den Vereinbarungen des Lomé-Vertrags<sup>28</sup>. Um die im Haushalt budgetisierten Mittel wird hingegen zwischen den beiden Haushaltsorganen Rat und Parlament in jedem Jahr erbittert gerungen<sup>29</sup>. Das Parlament setzt dabei regelmäßig bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit einen deutlichen Schwerpunkt, während der Rat angesichts der chronischen Finanzknappheit der Gemeinschaft die Mittel des Titels 9 zunehmend mehr als Manövriermasse und Restkategorie versteht, bei welcher als notwendig erachtete Einsparungen als erstes vorgenommen werden können.

Dies wurde im Verfahren für den Haushalt 1987 in besonderer Weise nachvollziehbar. Im Rat standen sich zwei nur schwer zu vereinbarende Positionen gegenüber: Die ‚reicheren‘ Nordstaaten, angeführt von Großbritannien und der Bundesrepublik, drängten auf Haushaltssparsamkeit, die ‚ärmeren‘ Mittelmeerländer und Irland setzten sich hingegen mit Nachdruck für eine Steigerung der regional- und sozialpolitischen Ausgaben ein. Um eine Kompromißformel zu finden, die diesen beiden widersprüchlichen Zielsetzungen einigermaßen gerecht wurde, nahm der Rat in seinen beiden Haushaltslesungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Technologie, für die es bei den nationalen Regierungen offensichtlich keine wirksame Lobby gab, drastische Kürzungen vor. Nur durch das energische Eintreten des Europäischen Parlaments, das in der ersten Haushaltslesung 35, in der zweiten sogar 68 Prozent seiner begrenzten Verfügungsmargen hier einsetzte, konnte bei den entwicklungspolitischen Ausgaben zumindest in etwa das Vorjahresniveau gehalten werden. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Entwicklung des Titels 9 in den Haushaltsverfahren 1977–1987:

Angesichts der bestehenden Rahmenbedingungen, gekennzeichnet durch steigende Agrarausgaben, zunehmenden Bedarf an innergemeinschaftlichen Ressourcentransfers und fehlender Bereitschaft zur Ausweitung des EG-Haushaltes, sind in der absehbaren Zukunft kaum erhebliche Ausweitungen der entwicklungspolitischen Mittel zu erwarten.

### *Die Reform der Nahrungsmittelhilfepolitik*

Die Praxis der EG-Nahrungsmittelhilfe ist seit langem Gegenstand von deutlicher Kritik<sup>30</sup>. Moniert werden sowohl die praktische Durchführung – ineffiziente Entscheidungsverfahren, lange Lieferzeiten und Ungenießbarkeit der gelieferten Produkte – als auch die Zielsetzungen der Hilfe.

Während die Soforthilfe in dringenden Notfällen zumeist als sinnvoll akzeptiert wird, lassen die nachweisbaren negativen Auswirkungen die langfristigen Programmhilfen („bulk supply“) in immer die gleichen Regionen als zumindest fragwürdig erscheinen. Denn durch diese Vergabeart werden die heimischen Märkte in den betroffenen Entwicklungsländern nicht unerheblich gestört und

Der Haushaltstitel 9 „Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und Drittländern“ in den einzelnen Phasen der Haushaltsverfahren 1977–1987 (Mittel für Zahlungen/Beträge in Millionen ECU)

Jahr	Vorentwurf der Kommiss.	1. Lesung des Rates	1. Lesung des EP	2. Lesung des Rates	2. Lesung des EP* (= endgültiger Haushalt)
1977	322,0 (= 3,5%)	238,0 (= 2,7%)	313,8 (= 3,4%)	253,2 (= 2,9%)	269,7 (= 3,1%)
1978	633,0 (= 5,1%)	303,3 (= 2,5%)	612,8 (= 5,0%)	372,9 (= 3,0%)	380,9 (= 3,1%)
1979	564,0 (= 4,0%)	482,6 (= 3,7%)	996,3 (= 7,1%)	497,6 (= 3,7%)	497,6 (= 3,7%)
1980	648,9 (= 3,98%)	524,6 (= 3,4%)	628,6 (= 4,2%)	527,2 (= 3,4%)	641,6 (= 4,0%)
1981	748,8 (= 3,75%)	608,6 (= 3,2%)	841,2 (= 4,3%)	608,0 (= 3,1%)	608,0 (= 3,2%)
1982	859,6 (= 3,8%)	763,5 (= 3,5%)	894,5 (= 4,0%)	773,9 (= 3,6%)	816,8 (= 3,7%)
1983	1022,8 (= 4,7%)	865,3 (= 4,1%)	1011,2 (= 4,7%)	887,6 (= 4,1%)	977,6 (= 4,6%)
1984	1153,9 (= 4,5%)	778,3 (= 3,1%)	906,4 (= 3,6%)	847,4 (= 3,4%)	897,1 (= 3,6%)
1985	1151,7 (= 4,1%)	845,6 (= 3,3%)	976,4 (= 3,2%)	890,3 (= 3,4%)	1043,7 (= 3,7%)
1986	1327,8 (= 3,8%)	1075,9 (= 3,38%)	1172,0 (= 3,4%)	1099,6 (= 3,4%)	1171,5 (= 3,3%)
1987	1258,2 (= 3,4%)	1060,3 (= 2,9%)	1239,7 (= 3,2%)	1124,7 (= 3,1%)	1233,9 (= 3,4%)

\* Anm.: Die Haushaltsentwürfe für 1980 und 1985 wurden vom EP in 2. Lesung abgelehnt. Die hier aufgeführten Zahlen für diese beiden Jahre entsprechen dem endgültigen Haushalt. Der Haushalt für 1987 wurde vom EP am 19. 2. 1987 in dritter Lesung angenommen.

Quelle: Kommission der EG (Hrsg.), Zehnter bis Zwanzigster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel und Luxemburg 1977–1987.

die Eßgewohnheiten der Bevölkerung verändert. Beides hat langfristige Abhängigkeiten zur Folge. Nur selten gelang, wie im Fall des in Nordindien durchgeführten Projekts „Operation Flood II“, bei dem die Lieferung von EG-Milcherzeugnissen mit dem Aufbau eines genossenschaftlichen Milchversorgungssystems verknüpft wurde<sup>31</sup>, eine Einbeziehung von Nahrungsmittelhilfeliieferungen in Strukturreformen zur Sicherstellung der agrarischen Selbstversorgung. Das Europäische Parlament drängte darauf, die Palette der gelieferten Güter reichhaltiger zu gestalten und Nahrungsmittel häufiger in benachbarten Gebieten der betroffenen Hungerregionen zu kaufen („Dreieroperationen“), da dieses in der Regel preisgünstiger ist und den Eßgewohnheiten in den bedürftigen Gebieten in höherem Maße entspricht<sup>32</sup>. Von Experten wurden zudem grundlegende Umstrukturierungen der EG-Agrarpolitik gefordert. Die Gemeinschaft müsse ihren Markt stärker für Agrarprodukte der Entwicklungsländer öffnen und damit aufhören, durch den Verkauf subventionierter EG-Agrarüberschüsse auf dem Weltmarkt als übermächtiger Konkurrent der Dritten Welt aufzutreten<sup>33</sup>.

Nach langwierigen Diskussionen in den EG-Gremien erließ der Rat am 22. Dezember 1986 eine Verordnung zur „Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung“, derzufolge die entwicklungspolitischen Belange bei der Vergabe stärker berücksichtigt und die Verwaltungsbefugnisse der Kommission gestärkt werden<sup>34</sup>. Die Eßgewohnheiten in den Entwicklungsländern sind in Zukunft ver-

stärkt zu berücksichtigen. „Dreieroperationen“ können vermehrt aus EG-Mitteln finanziert werden. Überdies soll in Einzelfällen die Vergabe von Nahrungsmittelhilfe verstärkt durch andere Maßnahmen abgelöst werden können, um Strukturreformen herbeizuführen. Nach Auffassung des Europäischen Parlaments ist mit dieser Neuausrichtung die Möglichkeit zur Leistung eines wirksamen Beitrags zur Verbesserung der Ernährungssituation in den Entwicklungsländern gegeben<sup>35</sup>. Es bleibt abzuwarten, wie sich die vereinbarte Neuorientierung in der Praxis auswirken wird.

### Ausblick

Die EG-Entwicklungspolitik ist in ihren wesentlichen Grundzügen konsolidiert. Neben dem nach wie vor bestehenden Schwerpunkt Lomé kommt Lateinamerika allmählich eine größere Bedeutung zu. Auf der Tagesordnung der EG-Institutionen stehen hierbei neben der traditionellen Entwicklungskooperation verstärkt handelspolitische und außenpolitische Fragen sowie das Problem der Verschuldung. Doch ist der Spielraum für ein verstärktes Engagement der Gemeinschaft angesichts der bestehenden Finanzknappheit und der fehlenden Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur verstärkten Nutzung der EG-Ebene in diesem Bereich erkennbar begrenzt. Kaum Beachtung findet in den EG-Gremien bisher die Kooperation mit den am wenigsten entwickelten Staaten Asiens.

### Anmerkungen

- 1 Die Grundzüge von Lomé III sind dargestellt bei Otto Schmuck, Entwicklungspolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, S. 225–227; der vollständige Text ist dokumentiert in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.), Lomé III (= Materialien Nr. 75), Bonn 1986.
- 2 Die Konferenzplanung hatte zunächst ein Hearing unter Einbeziehung der Republik Südafrika vorgesehen. Der stürmische Protest der AKP-Seite verhinderte jedoch dieses Vorhaben; Einzelheiten hierzu siehe: Fernand Thurmes, ACP-EEC Joint Assembly, At the gates of Apartheid, in: The Courier, Nr. 96, März–April 1986, S. 6–12.
- 3 Bulletin der EG, 2/1986, S. 94.
- 4 Ebenda, S. 90.
- 5 The Courier, Nr. 97, Mai–Juni 1986, S. I–IV.
- 6 Siehe Anm. 1.
- 7 The Courier, Nr. 100, November–Dezember 1986, S. 15–19.
- 8 Bulletin der EG, 10/1986, S. 73.
- 9 ABl. der EG, L 373 vom 31. 12. 1986.
- 10 ABl. der EG, L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1–4.
- 11 Siehe u. a.: Le Commerce ACP-CEE – L'Étude de Kiel, in: Le Courier, Nr. 98, Juli–August 1986, S. 61–91; Kommission der EG, Zehn Jahre Lomé, Geschichte der Partnerschaft AKP-EWG 1976–1985, Mitteilung von Herrn Natali an den AKP-EWG-Ministerrat, Brüssel, den 22. 7. 1986; William Zartmann, Lomé III: Relic of the 1970s or Model for the 1990s? In: Carol Cosgrove und Joseph Jamar (Hrsg.), The European Community's Development Policy: The Strategies Ahead, Brügge 1986, S. 59–74.
- 12 Siehe die jährlichen Berichte des Rechnungshofes zum jeweiligen Haushaltsjahr, die zusammen mit den Antworten der Organe veröffentlicht werden. Ende Dezember 1986 legte der Hof seinen Bericht zum Haushaltsjahr 1985 vor; eine Zusammenfassung seiner Anmerkungen zu den entwicklungspolitischen Ausgaben der Gemeinschaft findet sich in: Agence Europe, Nr. 4460 vom 5./6. 1. 1987, S. 11 f. und Nr. 4461 vom 7. 1. 1987, S. 13 f.
- 13 Kommission der EG, Zwanzigster Gesamtbereich über die Tätigkeit der Europäischen Ge-

- meinschaften 1986, Brüssel und Luxemburg 1987, S. 371.
- 14 Ebenda, S. 372.
- 15 Anfang 1987 waren 63 Richtprogramme unterzeichnet.
- 16 Angaben nach: Kommission der EG, Endgültige Bilanz der Programmierung der Gemeinschaftshilfe in den AKP-Staaten, Brüssel, den 26. 9. 1986.
- 17 Vgl. zur EG-Mittelmeerpolitik Detlef Puhl, Die Mittelmeerpolitik der EG, Struktur-schwächen des EG-Systems bei der Verwirklichung des Globalkonzepts, Kehl am Rhein und Straßburg 1983.
- 18 Bulletin der EG, 6/1986, S. 101.
- 19 VWD-Europa vom 27. 3. 1987, S. 6.
- 20 Das Verschuldungsproblem wurde u. a. Ende Januar 1986 bei einer Ratstagung „allgemeine Angelegenheiten“ behandelt, siehe Bulletin der EG 2/1986, S. 85. Der Abgeordnete Willem Vergeer (EVP/NL) legte zur Verschuldungsproblematik im Namen des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments am 12. 1. 1987 einen ausführlichen Bericht vor (EP-Dok. A2-201/86), der auf der Februarsitzung 1987 behandelt wurde.
- 21 Zur Cartagena-Gruppe gehören Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela; Einzelheiten zum Treffen vom 25./26. 3. 1986 siehe: Bulletin der EG, 3/1986, S. 67.
- 22 Die Ergebnisse des Europäischen Rates in Den Haag sind abgedruckt als Dok. Nr. 2 in diesem Band; siehe auch Bulletin der EG, 6/1986, S. 103.
- 23 Kommission der EG, Die Europäischen Gemeinschaften und Lateinamerika, Mitteilung der Kommission an den Rat, Brüssel, den 2. Dezember 1986.
- 24 Siehe den Gemeinschaftshaushalt für 1987, ABl. der EG, L 86 vom 30. 3. 1987, S. 867.
- 25 Spanien und Portugal hatten sich dem parlamentarischen Votum angeschlossen, Einzelheiten siehe VWD-Europa vom 15. 4. 1987, S. 5 und VWD-Europa vom 27. 4. 1987, S. 6.
- 26 Am 20./21. 10. 1986 fand die 6. EG-ASE-AN-Außenministertagung statt, Einzelheiten hierzu siehe in: Bulletin der EG, 10/1986, S. 73.
- 27 Im Haushalt für 1987 wurden hierfür erstmals 5 Mio. ECU (Zahlungen) eingesetzt, siehe ABl. der EG, L 86 vom 30. 3. 1987, S. 876. Diese Mittel sollen zunächst Bangladesch, Haiti, Laos und Nepal zugute kommen.
- 28 Siehe Art. 194 Lomé III.
- 29 Vgl. hierzu das jeweilige Kapitel Haushaltspolitik im Jahrbuch der Europäischen Integration; eine Aufstellung der Haushaltskonflikte der EG seit 1979 findet sich bei Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1985, S. 145.
- 30 Vgl. hierzu u. a. Otto Matzke, Pro und contra Nahrungsmittelhilfe, in: Außenpolitik, Hamburg 1984, Nr. 1, S. 87-99; Der Rechnungshof, Sonderbericht über die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft, verabschiedet am 30. 10. 1980; Katharina Focke, Wirksame Nahrungsmittelhilfepolitik, die die Bedürfnisse der unter dem Hunger leidenden Länder und Völker berücksichtigt – Hilfe in Notfällen, EP-Dok. 1-341-80/Anlage 1 vom 5. 8. 1980, S. 66.
- 31 Dieses Projekt ist ausführlich dargestellt in: Kommission der EG (Hrsg.), Operation Flood, Brüssel 1986, kritische Anmerkungen hierzu trugen S. Randeria und P. Hrubesch bei einer Tagung des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vor, siehe den Tagungsbericht in: Europäische Integration, Mitteilungen des AEI, Nr. 12, April 1987, S. 8 f.
- 32 Siehe hierzu vor allem die Entschließung des Europäischen Parlaments zum „Hunger in der Welt“ vom 18. 9. 1980, in: ABl. der EG, C 265 vom 13. 10. 1980, S. 37 ff.
- 33 Siehe hierzu u. a. die DIW-Wochenberichte 17/87 vom 23. 4. 1987, S. 235-241 und 18/87 vom 30. 4. 1987, S. 247-255.
- 34 ABl. der EG, L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1-4.
- 35 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24. 10. 1986, Ziff. 13; vorläufiges Protokoll, S. 12.

### Weiterführende Literatur

- Betz, Joachim: Lomé III, Bewahrung des Erreichten und Priorität für die Landwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage B 27/85 zu Das Parlament, S. 17-26.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.): Lomé III (Materialien Nr. 75). Bonn 1986.
- Cosgrove, Carol, u. Joseph Jamar (Hrsg.): The European Community's Development Policy: The Strategies Ahead. Brügge 1986.
- Focke, Katharina: Das Dritte Abkommen von Lomé, Fortschritte mit Fragezeichen, in: Integration 4/1985, S. 143-147.
- Gerth-Wellmann, Hella: Die „Lomé-Politik“ der Europäischen Gemeinschaft, Entstehungsbedingungen, Ergebnisse und Perspektiven. München u. a. 1984.
- Kommission der EG: Zehn Jahre Lomé, Geschichte der Partnerschaft AKP-EWG 1976-1985, Mitteilung von Herrn Natali an den AKP-EWG-Ministerrat. Brüssel, den 22. 7. 1986.
- Pisani, Edgard: La Main et l'Outil, Le développement du Tiers Monde et l'Europe. Paris 1984.